

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. (mit Haus 2,50 M., (Halbmonat 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Elsterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Elsterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Elsterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 19. November 1928

Nummer 270

Verrat an der Ruhr!

Die Reformisten für Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen

Schamloses Eingeständnis des Vorwärts / Weiterkämpfen bis zum Sieg ist die Parole!

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vermittlungsverhandlungen in Düsseldorf unter Führung des Sozialdemokraten Bergemann werden heute vormittag wieder aufgenommen. Nach einer Meldung des gestrigen Vorwärts ist in den Sonnabendverhandlungen bereits die „grundlegende Verständigung“ gefunden worden. Dazu läßt sich der Vorwärts von der Bezirksleitung des DVB in Essen mitteilen:

„Wohl haben die Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer Verantwortung und ihres guten Rechts und um den Wirtschaftsfrieden wieder herzustellen, das Angebot gemacht, die Arbeit zu den alten Arbeitsbedingungen, die vor der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs in Kraft waren, wieder aufzunehmen. Die Vorbedingung dieses Angebots war aber selbstverständlich, daß der Schiedspruch rückwirkend in Kraft tritt, falls er in letzter Instanz für rechtsverbindlich erklärt wird.“

Demnach steht fest, daß der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer an den Interessen und Forderungen der Ausgesperrten bereits so gut wie perfekt ist.

Was die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vom Beginn der Bewegung an gesagt hat, erfüllt sich Punkt für Punkt. Der Verrat der Reformisten an den Ruhrmetallarbeitern wird zur Tatsache. Wenn irgendwo, dann zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit der Dreißbund von Unternehmern, Staatsapparat und reformistischer Bürokratie gegen die kämpfenden Arbeiter. Wissels Reife ins Kampfgebiet ist nicht umsonst gewesen. Er war es, der nach einer Mitteilung der Deutschen Allgemeinen Zeitung energisch darauf gedrungen hat, daß die Gewerkschaften den Vorschlag der Unternehmer annehmen. Die Unternehmer wollen die vollständige Kapitulation. Die Reformisten haben es eilig, diesem Verlangen nachzukommen. Am Sonnabend bereits sind sie nach vorher getrennten Verhandlungen zu gemeinsamen Verhandlungen gekommen. Gleichzeitig hat die Koalitionsregierung den Druck auf die Arbeiter durch die offene Ablehnung der staatlichen Unterstützung für die Ausgesperrten mit dem Ziel der Ausgliederung der Hüttenarbeiter verstärkt.

Es gibt nur eine Kraft, die den Plan der Unternehmer, der Regierung und der Reformisten durchkreuzen kann: Die Unterstützung der Ruhrmetallarbeiter durch die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Klassenfront gegen Trustkapital, Staatsgewalt und Reformismus!

Nieder mit der Koalitionsregierung!

Nieder mit der Diktatur der Trustbarone!

Alles für die Diktatur des Proletariats!

Weiterkämpfen bis zum Sieg ist die Parole!

Reformisten geben Lohnerhöhung preis

um den „Arbeitsfrieden“ zu erhalten!

WTB. Hagen, 17. Nov. In der inoffiziellen Besprechung über den Streik in der Märkischen Eisenindustrie, die auf Anregung unter Leitung des Hagenen Polizeipräsidenten gestern im Polizeipräsidium stattfand, zeigten sich die Vertreter der Gewerkschaften bereit, den Arbeitsfrieden (!) durch eine Verlängerung des bis Monatsende geltenden Lohns zu erhalten. Die Gewerkschaften machten einen Vermittlungsvorschlag, der dahin gieng, den Lohnvertrag auf weitere drei Monate zu verlängern, um die Möglichkeit zu schaffen, in unmittelbaren Verhandlungen mit den Arbeitgebern einen neuen Lohnvertrag abzuschließen. Die Vertreter des märkischen Arbeitgeberverbandes schlugen eine einjährige Verlängerung vor. Eine Einigung der beiden Standpunkte wurde nicht erzielt.

Zu feige zum Kampf, zu besorgt um die Erhaltung der Koalition, zu sehr geängstigt von der Aussicht, daß im Verlauf der Aktion die Arbeiter sich immer mehr von der Richtigkeit der revolutionären Taktik überzeugen, verzichtet die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie auf Lohnerhöhung, die durch die Teuerung und die Erhöhung der Fracht- und Personentaxen dringend notwendig geworden ist. Sie berufen sich auf den Arbeitsfrieden, um den sich die Unternehmer nie scheuen, wenn sie ihr Ziel erreichen wollen. Dies Verhalten ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie der sozialdemokratische Kurs dem Proletariat Schlappe auf Schlappe beibringt. Nicht zu verzichten auf Lohnerhöhungen heißt es jetzt, sondern überall zwischentaxen Lohnerhöhungen aufstellen und sie erkämpfen und nicht davor zurückweichen, sogenannte lebenswichtige Betriebe stillzulegen, um das verbrecherische Unternehmertum auf die Knie zu zwingen.

Der Dolchstoß gegen die Hüttenarbeiter

Regierung und Reichstag verhüten Ausgesperrte — Die kommunistischen Unterstützungsanträge niedergestimmt — Millionen für die Kapitalisten

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags wurde der Schlußsatz unter den erbärmlichen Verrat der sozialdemokratisch-deutschen Einheitsfront an den kämpfenden Hüttenarbeitern gesetzt. Es ist ein unerhörter Verrat und eine schamlose Freijährung, wenn der sozialdemokratische Abend-Vorwärts in großen Letztern schreibt: Geld für die Ausgesperrten. Die Beschlüsse des Reichstags bedeuten keine Unterstützung, sondern einen Dolchstoß in den Rücken der Ausgesperrten, der in der dritten Woche im schwersten Kampfe stehenden Arbeiter an Rhein und Ruhr.

Laßen wir die Tatsachen sprechen:

Der Ausschuh für Soziale Angelegenheiten legte dem Reichstag vier gegen die kommunistischen Vertreter im Ausschuh beschlossene Anträge vor. Der erste Antrag fordert, sämtliche Unterstützungsanträge, die im Plenum des Reichstags zur Beratung gestanden hatten, abzulehnen.

Der zweite Antrag fordert, folgende Entschlieung anzunehmen:

Die Dresdner Betriebe sammeln!

Helft den kämpfenden Ruhrarbeitern! Ihr Kampf ist euer Kampf!

Die Niederlage der Ruhrarbeiter ist die Niederlage des gesamten Proletariats!

Es genügt nicht, sich lediglich mit den Lippen zu dem Kampf zu bekennen, praktische Solidarität muß jeder einzelne üben!

Zeichnet auf Briefen der IAH!

5. Sammelquittung

423,15 M.	4. Quittung
50,—	2. Abt. KPB Dresden
6,—	Zelle Eltwerf
7,—	Abschlag Betrieb Uhlmann
10,—	1. Zug 2. Abteilung KPB Dresden
3,—	Ungenannt
28,—	1. Kate Straßenbahnhof Tolkewitz
7,30	Radsportverein Hartmannsdorf
14,08	Revolutionstheater P.-Cop.
15,—	Gasmesser-Reparaturwerkstatt Liste 521
15,80	Intern. Bund der Kriegsbekämpften
16,50	Baustelle Windmühl u. Vangelodt (Baustelle)
19,30	Baustelle Matthäuskirche, Liste 438
1,—	Unbekannt
9,—	Bauhütte Lindenhof, Coswig
21,20	Belegsch. R. Specht, Coswig, Abt. Eisengießerei
24,50	Siemens Elektrowärme, Ederwitz, Abt. Schleiferei
3,—	B. Hedert, Chemnitz
20,—	Belegschaft des Neubaus der Berufsschule Geroldstraße
28,50	Freie Vereinigung der Isolierer und Steinholzer Dresden
80,15	Gesammelt in den Veranstaltungen der IAH in den Annenbänken und Lichtspielen Freiburger Platz
42,44	Gesammelt vom KPB Dresden, 2. Abt., 1. u. 2. Zug
93,16	Gesammelt vom KPB Dresden, 2. Abt., 3. u. 4. Zug
10,—	KPB Dresden, 2. Abt., 3. Zug
957,08 M.	

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ermächtigen, zur Abstellung der Notstände, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Ausperrungen entstanden sind, nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den in dem genannten Gebiet gelegenen Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen.“

Der dritte und vierte Antrag beziehen sich auf die vom Zentrum eingebrachten Anträge und zur Sache eingegangenen Petitionen, die durch den Ausschuh für erledigt erklärt werden.

Die kommunistische Fraktion brachte zu den Anträgen des Ausschusses folgende Änderungsanträge ein:

Die Entschlieung des Ausschusses wie folgt zu ändern: 1. an Stelle des Wortes „ermächtigen“ ist zu setzen das Wort „verpflichten“;

2. an Stelle der Worte „eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen“ folgende Worte zu setzen:

„Eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von 30 Reichsmark zuzüglich 5 Reichsmark für jeden zu unterstützenden Angehörigen an alle mittel- und unmittelbar betroffenen Arbeiter und Angestellten, ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung und Rückerstattungsspflicht zu ermöglichen.“

Zu diesem Zweck ist zunächst aus Reichsmitteln der vorläufige Betrag von 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Die Gesamtschritte der Unterstützungsaktion sind von den Unternehmern beizutreiben.“

Im Falle der Ablehnung:

in der Entschlieung des Ausschusses die Worte von „eine ausreichende Erfüllung“ bis „zu ermöglichen“ zu ersetzen durch folgende Worte:

„Eine Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung zuzüglich Familienzuschlägen ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung und Rückerstattungsspflicht zu ermöglichen.“

Den Bericht des Ausschusses erstattete der Volksparteiler Pfeffer. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Radei, der die Haltung der Sozialdemokratie im Plenum und im Ausschuh einer vernichtenden Kritik unterzog und das Betrugsmanöver, das der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie an den ausgesperrten Hüttenarbeitern durchzuführen versucht, auf das Schärfste brandmarkte. Genosse Radei stellte fest, daß der Antrag des Ausschusses nicht nur keinerlei Hilfe bedeute, sondern eine frische Verhöhnung der Hüttenarbeiter ist, indem man sie der Fürsorge überweist.

Bei der Abstimmung über die Anträge des Ausschusses und die kommunistischen Änderungsanträge markierte die Sozialdemokratie wieder in geschlossener Front mit den Bürgerblockparteien. Der erste Antrag des Ausschusses, alle Unterstützungsanträge abzulehnen, wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Nun folgte die Abstimmung der zur Entschlieung des Ausschusses eingebrachten, oben abgedruckten Änderungsanträge. Die kommunistische Fraktion beantragte namentliche Abstimmung. Präsident Löbe ließ dreimal ausführen, ob die für die Unterstützung dieses Antrages erforderlichen Stimmen vorhanden waren. Die Sozialdemokraten saßen während der Abstimmung wie geprügelte Hunde da. Die Unterstützung reichte aus. Es mußte namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmung ergab, daß beide Änderungsanträge der kommunistischen Fraktion mit 329 gegen 52, im zweiten Zuge gegen 54 Stimmen abgelehnt wurden. Die Sozialdemokraten unter Führung von Brandes, Hulsmann, Grafmann, Kolret Schmidt, Hermann Müller, Vichtenberg stimmten mit dem Unternehmerrudergang in geschlossener Front diese Anträge ab.